

KOMMENTAR



Heinz-Jürgen Hauzel
zur Diskussion ums Stadtmuseum

@ hhaulzel@vrm.de

Alles auf Null

Manche Wiesbadener werden sich fragen: Was soll das, eine Geisterdebatte um ein Stadtmuseum zu führen, das nicht kommen wird? Zumindest nicht auf absehbare Zeit. Eine Diskussion um den geeigneten Standort irgendwo zwischen Wilhelmstraße und Wolkenkuckucksheim. Und doch führt die Auseinandersetzung – auch dank einiger Missverständnisse – vielleicht am Ende wenigstens dazu, dass alle in Wiesbaden, zumal die maßgeblichen Politiker, noch einmal darüber nachdenken, ob die Geldverteilung im Kulturbereich nicht doch endlich überdacht werden sollte, statt sie ewig auf der alten Systematik zu gründen. Statt alle paar Jahre auf vorhandene Posten drei Prozent rauf- oder vier Prozent runterzurechnen, drehen wir alles erst einmal auf Null. Und dann kommt die entscheidende Frage: Wie viel ist uns die Kultur wert? Welche Kultur wird wie subventioniert? Wer hat sich dem Markt zu stellen und wer nicht?

ZITAT DES TAGES

»Das Stadtmuseum ist eine unverzichtbare kommunale Einrichtung. Ein solches Bekenntnis wünscht sich der Förderverein auch von der Kulturdezernentin, deren Schweigen Anlass zur Sorge gibt.«

JOCHEN BAUMGARTNER, Vorsitzender Förderverein Stadtmuseum

BLAULICHT

Schiff kratzt an Schleuse

KOSTHEIM (zel). Bei einem Schiffsunfall in der Kostheimer Schleuse schrammte am Freitag um 20.40 Uhr ein zum Schubverband erweitertes Containerschiff die technische Ausrüstung der Schleuse.

Auf dem Schiff waren drei Containerlagen auf eine Höhe von 7,80 Meter übereinander aufgeschichtet. Mainaufwärts ging in der Nordkammer noch alles gut,

bei der Ausfahrt streiften die obersten Container den Träger der Laufkatze eines Hebekrans. Sichtbar war dies durch den Abrieb der roten Farbe. Die Wasserschutzpolizei verhängte für den Havaristen ein Weiterfahrverbot. Die Schleusenammer blieb am Freitagabend eine Stunde lang gesperrt. Die Ermittlungen dauern laut Präsidium der Hessischen Bereitschaftspolizei an.

17-Jähriger rast durch die Stadt

WIESBADEN (red). Ein 17-jähriger Autofahrer aus Wiesbaden hat sich in den frühen Morgenstunden des Sonntags mit der Polizei eine Verfolgungsfahrt durch die Wiesbadener Innenstadt geliefert. Zu Unfällen kam es dabei nicht. Einer Streifenwagenbesatzung des 1. Polizeireviereis war gegen 2.20 Uhr ein dunkler Kleinwagen aufgefallen: Er war beim Abbiegen aus der Dotzheimer Straße über die Schwalbacher Straße in Richtung Michelsberg vermutlich aufgrund von überhöhter Geschwindigkeit leicht ins Schleudern geraten. Da der Fahrer weitere Auffälligkeiten zeigte, entschloss sich die Streife, das Auto

zu kontrollieren. Als der Fahrer das Signal bemerkte, gab er Gas und flüchtete unter Missachtung einer Vielzahl von Verkehrsregeln. Die Fahrt mit überhöhter Geschwindigkeit setzte sich nach Angaben der Polizei in der Fußgängerzone fort und konnte in der Bahnhofstraße gestoppt werden. Neben dem Fahrer, bei dem Alkoholgeruch wahrgenommen wurde, befanden sich vier weitere männliche Personen im Fahrzeug. Der Fahrer gab den Beamten zunächst falsche Personalien. Auf der Wache stellten die Beamten überdies fest, dass der Jugendliche keinen Führerschein hatte. Außerdem fanden sie ein gestohlenen Mobiltelefon bei ihm.

Stromausfall nach Brand

WIESBADEN (red). Ein Brand in einer Trafostation in Sonnenberg hat am späten Samstagnachmittag in verschiedenen Teilen des Stadtgebietes zu Stromausfällen geführt. Gegen 18.30 Uhr seien aber alle Haushalte wieder mit Strom versorgt gewesen. Das meldet die Berufsfeuerwehr Wiesbaden.

In der Leitstelle der Feuerwehr hatten Anrufer einen Brand in einer Trafostation in Sonnenberg gemeldet und berichteten, dass es darin eine Explosion gegeben hätte. So wurden Einheiten der Berufsfeuerwehr und

der Freiwilligen Feuerwehren Sonnenberg und Rambach sowie Techniker von Eswe Strom zur Einsatzstelle alarmiert. Außerdem waren Polizei und Rettungsdienst am Einsatzort.

Den Brand in dem Trafostation hat nach Angaben der Feuerwehr ein Kurzschluss verursacht. Beim Eintreffen der Feuerwehrkräfte drang Rauch aus der Belüftungsöffnung. Da es sich um eine Hochspannungsanlage handelte, wartete die Feuerwehr auf die Fachkräfte von Eswe. Als sie da waren, war der Brand bereits erloschen.

„2b-Lage nichts fürs Stadtmuseum“

KULTURDEBATTE Förderverein distanziert sich von der Initiative „Altes Gericht“

Von Heinz-Jürgen Hauzel

WIESBADEN. Seit Wochen wirbt eine namhaft besetzte Initiative dafür, das Alte Gericht zu einem Haus der Stadtkultur zu machen und in ihm auch das Stadtmuseum unterzubringen. An Ständen in der Fußgängerzone und im Internet sammelt sie Unterschriften für eine Petition, in der Stadt und Land aufgefordert werden, von den Plänen Abstand zu nehmen, an gleicher Stelle durch Privatinvestoren hochwertigen Wohnraum entstehen zu lassen.

Erstunterzeichner sind unter anderem Volkshochschuldirektor Hartmut Boger, Alt-OB Achim Exner, der einstige Stadtentwicklungsdezernent Jörg Jordan, der frühere Wiesbadener FDP-Vorsitzende Dieter Wallenfels, der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Harald Brandes, Stadtplaner Edgar Heydöck, **Handwerker wie Theo Baumstark**, Künstler, Gastronomen, Hochschullehrer, Journalisten.

„Eignung nicht belegt“

Nun hat sich der Förderverein Stadtmuseum von dieser Gerichts-Initiative distanziert. Vorsitzender Jochen Baumgartner erklärt, die Eignung des Gebäudes sei bislang nicht hinreichend belegt. Auch sei der Vorstand der Meinung, dass „insbesondere die 2b-Lage des Gerichts keine Touristen anziehen wird“. Die Förderer fürchten auch, dass ihr Stadtmuseum in einem „Haus der Kultur, das eine bunte Mischung verschiedener Vereine Initiativen und Firmen werden soll“, nicht ausreichend wahrgenommen werden.

Nach dem von der Mitgliederversammlung beschlossenen Credo besteht der Förderverein auf einem Neubau. „Der Marktkeller ist für uns weiterhin nur ein Provisorium“, sagt Baumgartner. Für ihn gebe es zu einem „attraktiven Standort im histor-



An der Nutzung des Alten Gerichts scheiden sich weiter die Geister.

Archivfoto: RMB/FriedrichWindolf

schen Fünfeck oder gar an der Kulturmeile Wilhelmstraße“ keine Alternative. In dem genannten Credo heißt es unter Punkt zwei: „Dieses Museum muss einen adäquaten äußeren Rahmen haben, der die Bedeutung des Hauses den Einwohnern und Gästen vermittelt und die Strahlkraft unterstreicht.“

Baumgartner hält das Stadtmuseum für eine unverzichtbare kommunale Einrichtung: „Ein solches Bekenntnis wünscht sich der Förderverein auch von der Kulturdezernentin, deren Schweigen Anlass zur Sorge gibt.“

Regelrecht empört ist der Fördervereinsvorsitzende über Äußerungen aus dem Arbeitskreis Stadtkultur, „der das Projektbüro Stadtmuseum infrage stellt, damit ein Museumsteam auf die Straße schicken möchte und

eine bedeutende Sammlung wie die Nassauischen Altertümer der Öffentlichkeit unterschlägt“.

Gegen diesen Vorwurf setzt sich Margarethe Goldmann, die Sprecherin des mittlerweile mehr als 30 Initiativen und Insti-

»Warum gibt es in Wiesbaden offensichtlich Kulturarbeiter und Kulturanbieter erster und zweiter Klasse?«

MARGARETHE GOLDMANN,
Arbeitskreis Stadtkultur

tionen umfassenden Arbeitskreises zur Wehr. „Statt den Haushalt mit folgenschweren Kürzungen zu belegen“, habe der Arbeitskreis von der Stadtkoalition gefordert, für eine Verbesserung der Einnahmesituation

zu sorgen. „Nur für den Fall, dass die Stadt auf dem Aderlass der Kürzungen besteht, schlägt der Arbeitskreis Stadtkultur vor, dort zu kürzen, wo die Stadt selbst jede Zukunftsperspektive abgesagt hat.“ Gerhard Schulz, Chef des Kulturzentrums Schlachthof und gleichfalls Mitglied des Arbeitskreises, stellt fest: „Nach der Absage, ein Stadtmuseum zu bauen, ist der Betrieb eines Projektbüros nicht wirtschaftlich.“

Mittlerweile hat Kulturamtsleiterin Ingrid Roberts am Donnerstagabend im Kulturausschuss den Stadtverordneten berichtet, dass durch einen Verzicht auf das Projektbüro nicht über eine Million, sondern allenfalls 200.000 Euro zu sparen seien. Der große Rest bleibe durch vertragliche Bindungen unangreifbar. Tage zuvor bereits hatte Goldmann „diesen reflexhaften,

sachlich daher kommenden Widerspruch“ auf den Vorschlag des Arbeitskreises prognostiziert. „Da kann man nicht kürzen, die Mitarbeiter haben feste Verträge, wohin mit der Sammlung Nassauischer Altertümer?“

An dieser Stelle fragt die einstige Wiesbadener Kulturdezernentin nach der Gleichbehandlung. „Warum werden nicht bei den Betreibern der freien Kultureinrichtungen die selben Bedenken geäußert? Wo leiten hier realistische Betrachtungsweise und Wertschätzung die Frage, was man kürzen kann und was nicht? Warum gibt es in Wiesbaden offensichtlich Kulturarbeiter und Kulturanbieter erster und zweiter Klasse?“ Schließlich hätten auch freie Träger vertragliche Verpflichtungen. „Auch sie brauchen Planungssicherheit und Perspektiven.“

Gesetzesverstoß eines Wiederholungstäters?

WARTTUM Kasteler Ortspolitiker kennen keine Milde mit den Mainzer Eigentümern

Von Wolfgang Wenzel

WIESBADEN. Mit der Restaurierung des Erbenheimer Wartturms, einem mittelalterlichen Bauwerk, das der Nachbarstadt Mainz gehört, geht es nicht voran. Sie fürchte, dass sich der hessische Denkmalschutz und die Mainzer noch nicht auf ein Vorgehen bei der Sanierung des von Bauschäden aus dem Lot gebrachten Turms geeinigt hätten, sagte die Kasteler Ortsvorsteherin Christa Gabriel (SPD). Mainz präferiere offenbar einen Komplettabbruch mit Neuaufbau. Die Alternative wäre eine Teildemontage.

Sorge um die Reduit

Der Ortsbeirat reagierte wütend und forderte die Stadt Wiesbaden auf, ihr Bericht zu erstatten: Was sie unternehme, damit die Restaurierung in Gang komme, was sie an Geld zugeben wolle, wie sie mit dem Gesetzesverstoß der Mainzer bei einer fehlgeschlagenen Sanierung vor 25 Jahren umgehen wolle und wie sie verhindern wolle, dass sich Ähnliches in der denkmalgeschützten Reduit auf der Rheinpromenade wiederhole. Beschlossen wurde ein CDU-Antrag, es fielen harte Worte. Man wolle kein Scherbengericht feiern, sondern ausschließen, dass sich Praktiken wie die an der Erbenheimer Warte in Zukunft wiederholten, sagte Andre Weck (CDU). Im Hin-

blick auf „Strafmaßnahmen“ dürfe man kein falsches Beispiel geben. Privatleute würden belangt, wenn sie gegen den Denkmalschutz verstießen. Äußerungen im Stadtparlament ließen jedoch den Schluss zu, dass das, was am Erbenheimer Wartturm geschehen sei, ohne Folgen bleiben werde. Hier habe nicht nur die Eigentümerin versagt, sondern auch die Aufsicht gefehlt, sagte Ralf Allmannsdörfer (CDU). Die SPD widersetzte sich Teilen des Antrags. Was nutze es, jemanden an den

Pranger zu stellen, wichtig sei nur, dass an der Erbenheimer Warte etwas gemacht werde, sagte Klaus Beuermann (SPD).

Mainzer Eigenmächtigkeit

Das Thema sei von Versäumnissen und Verfehlungen bestimmt, es sei dumm und nicht in Ordnung, was da gelaufen sei, fand Richard Schneider (SPD). Man sollte es dabei bewenden lassen und darauf vertrauen, dass dies zum letzten Mal passiert sei. Hartmut Bohrer (AUF)

nannte die Nachbarstadt Mainz eine „Wiederholungstäterin“. Leider sei der Erbenheimer Wartturm kein Einzelfall. Die Mainzer hätten nicht nur den Schaden an diesem mittelalterlichen Bauwerk am Fort Biehler zu verantworten, sondern auch bei der Reduit eigenmächtig gehandelt, ohne sich mit der Stadt Wiesbaden und dem hessischen Denkmalschutz abzusprechen. Ein Beispiel dafür seien die Fahrradständer an der Reduit. Deswegen müsse ein Zeichen gesetzt werden, Nachgiebigkeit

wäre der falsche Weg. Die Stadt Wiesbaden solle mit den Mainzern eine Abmachung treffen, um gleich im Bilde zu sein, wenn etwas an den öffentlichen Mainzer Besitztümern in Kastel verändert werden solle.

Im Wiesbadener Stadtgebiet stehe jedes vierte Bauwerk unter Denkmalschutz, auch in Kastel gebe es viele geschützte Häuser. Den meisten Eigentümern sei nicht bewusst, dass ihre Gebäude auf der Denkmalliste aufgeführt seien, sagte Bohrer. An sie könne er nur appellieren, die Vorgaben des Denkmalschutzes zu beachten, damit sie nicht in eine ähnliche Situation gerieten wie die Mainzer am Wartturm, wo falsches Baumaterial verwendet und der Schaden lange Zeit unentdeckt geblieben sei. Andre Weck (CDU) pflichtete ihm bei: Es könne nicht der Weisheit letzter Schluss sein, dass man 19 Jahre brauche, um zu wissen, was geschehen ist.

Entgegen der Vorgaben des Landesamts für Denkmalschutz sei bei der misslungenen Restaurierung des Wartturms 1995 Zement verwendet worden, hieß es in der Diskussion. Die Baufirma habe die ganze Arbeit „vermasselt“, sagte Alexander Schwab (SPD). Sie habe die damalige Restaurierung „vermurkst“ und müsste zivilrechtlich dafür geradestehen. Das würde auch etwas Geld in die Restaurierungskasse bringen, sagte Schwab.



Der Erbenheimer Wartturm am Fort Biehler ist seit über einem Jahr von einem Gerüst umgeben, ohne dass sich darauf etwas regt. Archivfoto: Sascha Kopp